

An die Parteispitze von Bündnis 90/Die Grünen.

Wir sehen uns gezwungen, unsere Enttäuschung und unsere Ablehnung gegenüber dem eingeschlagenen Kurs in der Migrationspolitik auszudrücken: angefangen beim neuen gemeinsamen europäischen Asylsystem, das einen gravierenden Rückschlag für eine humane Asylpolitik darstellt; dem Rückführungsverbesserungsgesetz, die Ausweitung der "Sicheren Herkunftsstaaten", über die Forderungen nach Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebieten, bis zu den geforderten Leistungskürzungen für Menschen, die ausreisepflichtig sind.

Statt Humanität und Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen, setzt Deutschland verstärkt auf Abschottung, auf Zäune und sogar auf Abkommen mit autoritären Regimen, die die Würde von Schutzsuchenden mit Füßen treten. Das steht im Widerspruch zu den Werten der Menschenrechte, die wir als Partei stets hochgehalten haben.

Nach dem schrecklichen islamistischen Terroranschlag in Solingen stehen wir erneut vor einer Asylrechtsverschärfung: Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien werden als Allheilmittel im Kampf gegen den Islamismus propagiert. Wir möchten in Erinnerung rufen, dass viele Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan genau vor dieser islamistischen Gewalt geflohen sind. Es geht hier nicht darum, Straftäter, sondern den Rechtsstaat und die universellen Menschenrechte zu verteidigen. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit Diktatoren und Islamisten entschieden ab.

Wir müssen den Islamismus entschlossen mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Der eingeschlagene Kurs hingegen bekämpft Geflüchtete und stärkt letztlich die Islamisten. Wir haben als Partei selbst in unserem Grundsatzprogramm festgelegt, dass "asylrechtliche Maßnahmen keine Alternative zu strafrechtlichen Verurteilungen und deren Vollzug [sind]". Das Gegenteil wird gerade realpolitisch umgesetzt.

Die Situation in Afghanistan ist weiterhin prekär. Die Taliban, die seit ihrer Machtergreifung systematisch insbesondere die Rechte von Frauen und Minderheiten unterdrücken, sind kein verlässlicher Partner. **Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention verbieten die Rückführung in Länder, in denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht.**

Auch die geplanten Abschiebungen nach Syrien werfen erhebliche rechtliche und moralische Fragen auf. In Syrien herrscht nach wie vor eine brutale Diktatur, die durch Krieg, Gewalt und staatliche Repression gezeichnet ist. **Abschiebungen in ein Land, das nachweislich Folter und außergerichtliche Hinrichtungen gegen Rückkehrende einsetzt, verstoßen gegen das Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem lehnen wir Abschiebungen über Stellvertreter oder Proxy-Länder entschieden ab.**

Die Abschiebungen sind ein Dambruch, den wir verurteilen und nicht mittragen.

Zusätzlich zu diesen humanitären Bedenken müssen wir auch die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Kürzungen von Sozialleistungen für ausreisepflichtige Menschen ansprechen. **Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Urteil von 2012 (1 BvL 10/10 und 1 BvL 2/11) entschieden, dass das Existenzminimum unantastbar ist, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das bedeutet, dass jeder Mensch, der sich in Deutschland aufhält, ein Recht auf eine menschenwürdige Grundversorgung hat.**

Wir als Parteibasis sind besonders alarmiert, weil wir den Rechtsruck nicht nur in der Gesellschaft spüren, sondern auch zusehen müssen, wie unsere eigene Partei dem Diskurs folgt, der sich gegen die Sicherheit von Menschen wendet, statt ihn zu brechen.

Denn eins ist klar: **Wer rechte Narrative übernimmt, spielt damit nur den antidemokratischen und menschenfeindlichen Parteien in die Karten. Es ist unsere Aufgabe stattdessen, konkrete, zukunftsfähige Lösungen zu bieten, die den Werten von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität gerecht werden.**

Wir fordern von euch, als Teil der Bundesregierung, auf Menschenrechte zu beharren: Zunächst muss es einen **sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien** geben.

Darüber hinaus fordern wir eine **Rückkehr zu einer Asylpolitik, die auf Schutz und Integration setzt, anstatt auf Abschottung und Kriminalisierung.** Eine humane und zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik muss den Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, echte Perspektiven bieten.

Dazu gehört auch, das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan weiterzuführen und effizienter zu gestalten. **Integration statt Isolation muss unser politisches Ziel sein, nicht das Gegenteil. Dazu gehört auch, finanzielle Mittel für Integration nicht zu kürzen.**

Nicht zuletzt erwarten wir **ein klares Bekenntnis zur Wahrung der Menschenrechte und des Grundgesetzes.** Die geplanten Kürzungen der Sozialleistungen für ausreisepflichtige Personen sind nicht nur verfassungswidrig – sie untergraben die Grundidee einer menschenwürdigen Behandlung.

Wir als Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, als Wählende und als Menschen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen, erwarten mehr. Wir erwarten, dass die Grundsätze, auf denen unsere Partei basiert, in der Regierungsarbeit konsequent verteidigt werden.

Mit entschlossenen Grüßen

- Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)
- Enad Altaweel (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Luna Möbius (KV Halle)
- Ali Khademolhosseini (KV Erlangen-Stadt)
- Annabelle Schumacher (KV Vorpommern-Greifswald)
- Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow)
- Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)
- Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
- Tariq Kandil (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Hannah Fuge (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Sophie Witt (LV Grüne Jugend Berlin)
- Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf)
- Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)
- Marlene Jahn (LV Grüne Jugend Berlin)
- Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin)
- Alena Dietl (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
- Clara Kölmel (LV Grüne Jugend Berlin)
- Kilian Vitt (LV Grüne Jugend Berlin)
- Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
- Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)

...und weitere.